

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Vien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

7. August 1947

Blatt 879

Zur Kohlenversorgung Wiens

=====

Nachstehend folgt der Wortlaut eines Vortrages über das Thema "Zur Kohlenversorgung Wiens", den der amtsführende Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten der Stadt Wien, Karl Flödl, heute um 18.50 Uhr über den Ravag-Sender I hält:

"Die letzten offiziellen Nachrichten über die Brennstoffmengen, die Österreich aller Voraussicht nach für die kommende Heizperiode zur Verfügung stehen werden, lassen hoffen, daß auch Wien größere Mengen als bisher erhalten wird. Trotz der besseren Aussichten besteht auf Grund der bisherigen Erfahrungen die berechtigte Sorge, ob diese Mengen auch tatsächlich und zeitgerecht herangebracht werden können. Gilt es doch, die Kohle nicht nur aus Gründen der notwendigen Bevorratung vorzeitig in einer so großen Stadt zur Hand zu haben, sondern auch den Schwierigkeiten zu begegnen, die sich beim Dauerbezug verkehrstechnisch ergeben werden. Darüber sind sich wohl alle Wiener einig, daß der letzte Winter in seiner ganzen Wucht und Gefahr die Grenze des Körperlich und seelisch Erträglichen für die weitere Lebensführung der Bevölkerung gezeigt hat. Da die Zeit der Vorsorge bereits recht dringlich ist, muß alles getan werden, um eine bessere Belieferung Wiens mit Kohle und Koks zu erreichen.

Wie überall, ist eine Unterproduktion an Konsumgütern und Rohstoffen auch bei den Brennmaterialien vorhanden. Sie werden daher wegen ihrer großen Bedeutung für die gesamte Wirtschaft und damit für das Gedeihen des Staates auf längere Zeit der Bewirtschaftung unterliegen müssen. Leider erlauben es die Gesamtlage des Staates und die gegebenen Verhältnisse Europas nicht, Plannmengen größeren Stiles und in der wie frü-

her möglichen, den sicheren Erfolg verbürgenden Weise vorzunehmen. Die kurzfristigen Bindungen gestatten nur die Aufstellung von Monatsplänen, die nicht etwa den Bedarf Österreichs, sondern lediglich die aufbringbaren Mengen darstellen. In der Praxis sind jedoch die Auslieferungsmengen stets kleiner als die vereinbarten Planmengen.

Es müssen sich daher erfahrungsgemäß die einzelnen Verbrauchergruppen von Haus aus mit geringeren Mengen begnügen, als für sie im Plan vorgesehen sind.

Diese Aufbringungsmengen werden noch durch die Ansprüche der Besatzungsmächte verringert. Weiters erfolgt bevorzugt die Deckung der sogenannten Hauptbedarfsträger, das sind die Stromerzeugung, Staatsbahnen Hütte Linz und die beiden Hochöfen in Donawitz.

Der verbleibende Rest wird auf den Industrie- und auf den Hausbrandsektor aufgeteilt. So spielt sich in großen Umrissen gesehen, die Verteilung der aufbringbaren Mengen ab. Die Erfüllung soll dann im Ausmaße der wirklich einlangenden Sendungen erfolgen. Geschieht dies aber auch? Mit dieser Frage bin ich beim unmittelbaren Anlaß meiner Ausführungen angelangt. So sehr die Bemühungen der zuständigen Bundesstellen hinsichtlich der Überwindung der vielen großen Schwierigkeiten bei der Aufbringung der Kohle anzuerkennen sind, so wenig ist Wien mit der Aufteilung der aufgebrauchten Mengen zufrieden. Es muß einmal offen ausgesprochen werden, daß bei der Verteilung eine Benachteiligung Wiens gegenüber den anderen Bundesländern schon durch Monate erfolgt und bis jetzt trotz aller schriftlichen und mündlichen Interventionen eine Abstellung dieses Übelstandes nicht erreicht werden konnte.

Schon im September v. J. wurde die Benachteiligung Wiens festgestellt und die zuständigen Stellen auf die seit Beginn der zentralen Bewirtschaftung durch den Bund aufgelaufenen Rückstände aufmerksam gemacht. In der weiteren Folge ist die Forderung auf rasche Nachlieferung der Fehlmengen immer wieder erhoben und in jeder Länderkonferenz der Ausgleich verlangt worden.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Notwendigkeit eines Ausgleiches der Differenz in der Belieferung der Länder

von der Obersten Bergbehörde anerkannt wurde und Weisungen erfolgten, die eine Bereinigung dieser Frage in Aussicht stellten. Praktisch aber blieben diese Verfügungen bisher leider ohne Erfolg. Und so halten wir heute bei der Tatsache, daß in der Zeit vom 1. Juli 1946 bis 31. März 1947 Wien beim Hausbrandsektor allein einen Rückstand von 41.000 t oder 15.6 % Steinkohlenbasis aufzuweisen hat, während die übrigen Bundesländer zusammen bloß einen solchen von 3.900 t oder 1.1 % verzeichnen.

Auf Grund dieser Zahlen kann die Tatsache nicht bestritten werden, daß Wien bisher fast die ganzen Fehlmengen allein zu tragen hatte.

Die Folge dieser Minderbelieferung Wiens war, daß die Pläne nicht erfüllt werden konnten, weil die Fehlmengen bei der Broterzeugung, Ernährung und in den Spitälern usw. von den Einsparungen bei den Raumheizungen in Betrieben und Haushalten nach Möglichkeit gedeckt werden mußten. Trotzdem war die Zimmertemperatur in vielen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten an manchen Tagen des vergangenen Winters nicht höher als 6° Celsius. Allgemein bekannt ist, daß die Schulen durch 10 Wochen gesperrt bleiben mußten.

Leider muß festgestellt werden, daß sich die Hoffnung, die bezüglich eines Ausgleiches im neuen Kohlenwirtschaftsjahr gehegt wurde, bis jetzt nicht erfüllt hat. In den Monaten April bis Juni 1947 hat sich der alte Rückstand von 41.000 t vom Vorjahre noch um rund 15.000 t Steinkohlenbasis erhöht. Geradezu alarmierend ist der Monat Juli, in dem gegenüber der Planmenge eine Minderanlieferung um 7.344 t Steinkohlenbasis erfolgte. Mit dieser Fehlmenge hätten alle städtischen Volks- und Hauptschulen auf die Dauer von vier Monaten bevorratet werden können, womit diese Schulen für zwei Drittel des kommenden Winters versorgt gewesen wären. Hingegen weisen die übrigen Bundesländer keinen wesentlichen Rückstand auf.

Wenn diese Art der Verteilung noch weiterhin anhält, so werden die an sich so begrüßenswerten Erfolge auf dem Gebiete der Kohlenversorgung, wie sie durch die Finanzabkommen mit Amerika und als Folge davon durch die Lieferabkommen mit den Exportländern und mit der Steigerung der eigenen Förderung zu erwarten sind, für den Hausbrand, insbesondere für die Haushaltsversorgung von Wien kaum eine Besserung bringen. Nur eine

radikale Umkehr in der Zuteilung der Brennstoffe und die Nachlieferung der Rückstände für die Raumheizung kann Wien an den Erfolgen hinsichtlich der allgemein zu erwartenden Besserung der Brennstoff-versorgung teilnehmen lassen.

Ebenso muß Stellung dagegen genommen werden, daß nach Wien unverhältnismäßig viel Kohle schlechter Qualität geliefert wird, obwohl die wenigen Waggons wirtschaftlich besser ausgenützt wären, wenn hochwertige Kohle auf längere Strecken, minderwertigere Kohle auf kleinere Strecken verfrachtet würde.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß auch Unzukömmlichkeiten bei der Verteilung der Kohle an die Verbraucher festgestellt wurden, indem einzelne Händler Brennstoffe zu überhöhten Preisen an Nichtbezugsberechtigte abgaben. Derartige Verfehlungen wurden und werden strengstens geahndet. Bei besonders krassen Übertretungen wird die Sperre des Betriebes verfügt werden.

Die Bevölkerung Wiens hat schon zu viel der Sommerzeit verstreichen gesehen, ohne daß mit der Bevorratung für die Raumheizung begonnen worden wäre. Diese aber ist die Voraussetzung dafür, daß zur Zeit der großen Verkehrsbelastungen und der bahnsseitig viel schwierigeren Aufgabe die größeren Wintermengen immer rechtzeitig herinzubringen eine genügende Menge von Kohle für den ersten und dann weiterhin für den steigenden Winterbedarf vorhanden ist. Eine solche Vorsorge ist möglich und hängt nicht nur von einer größeren Anlieferung auf Grund der neuesten Kohlenabschlüsse ab, sondern der endliche Beginn der Nachlieferung der Rückstandsmengen allein kann schon die Anlage von bescheidenen Wintervorräten bewerkstelligen.

Der vergangene Winter darf sich nicht wiederholen. Nicht allein der Gerechtigkeit wegen, sondern auch der Tatsache wegen, daß die Gütererzeugung auch der menschlichen Arbeitskraft bedarf, zu deren Erhaltung ein Mindestmaß von Wärmezufuhr erforderlich ist.

Mit ehrlichem Willen muß daher eine gerechte Verteilung der verfügbaren Kohlenmengen erfolgen und damit der Benachteiligung Wiens auf dem Gebiete der Brennstoffverteilung ein Ende bereitet werden."

Zwei falsche Magistratsbeamte
=====

In Simmering tauchten in der letzten Zeit zwei Männer auf, die sich fälschlich als Angehörige der Magistratsabteilung für Kriegsschadenbehebung ausgaben. Sie forderten bei verschiedenen Parteien Lebensmittel, Wein usw.

Einer der beiden konnte bereits festgestellt werden: Es handelt sich um einen ehemaligen Angehörigen der Bezirkshauptmannschaft Simmering, namens Gröger. Der zweite, der besonders häufig Gärtnereien aufsucht, dürfte ein vor einigen Monaten fristlos entlassener Angestellter der Magistratsabteilung für Wohnhäusererhaltung sein.

Die Bevölkerung wird vor derartigen Betrügern eindringlich gewarnt und nochmals daran erinnert, dass sich Beamte des Magistrates der Stadt Wien stets mit einer Legitimation ausweisen können. Im gegebenen Fall ist daher sofort die Polizei zu alarmieren.

Verlängerung der Berechtigungsscheine für Krankenzulagen
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die Gültigkeitsdauer der Krankenberechtigungsscheine mit dem Aufdruck Serie II/546/1 wird bis zum 14. September 1947 verlängert.

Wiederanmeldung von Urlaubern in den Wiener Kartenstellen
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Urlauber haben bei der Wiederanmeldung in ihre Wiener Kartenstelle entweder die beim Urlaubsantritt erhaltene Reise-Abmeldebescheinigung oder eine Abmeldebestätigung der Kartenstelle des Urlaubsortes vorzulegen.

Bei einer vorzeitigen Rückkehr von Urlaub kann der Urlauber vom Tag der Rückkehr an Lebensmittelkarten nur dann erhalten, wenn er die nichtverbrauchten Reiseabschnitte zurückbringt. Wurden im Urlaubsort für die vorgesehene Urlaubszeit bereits Lebensmittelkarten bezogen, so sind die nicht verbrauchten Karten in der Kartenstelle des Urlaubsortes in Wiener Reiseabschnitte zurückzutauschen.